

# Corona-Krise solidarisch bewältigen!

**DIE LINKE.**  
**KARLSRUHE**

2. Auflage

Stand: Juni 2020

## **DIE LINKE. Kreisverband Karlsruhe**

Schützenstr. 46

76137 Karlsruhe

Email: [info@dielinke-ka.de](mailto:info@dielinke-ka.de)

Tel: 072 135489342

<https://die-linke-karlsruhe.de/>

<https://www.facebook.com/dielinkekarlsruhe>

## **Solidarisch aus der Corona-Krise!**

Diese Krise trifft nicht alle gleich: Kinder, die nicht mehr in Kitas und Schulen dürfen; arme Menschen, die in kleinen Wohnungen leben; Familien, Wohnungslose; Geflüchtete und Beschäftigte, die in Sammelunterkünften untergebracht sind; ältere Menschen, Familien, behinderte Menschen, von Rassismus Betroffene und kleine Betriebe leiden besonders. Jetzt wird deutlich, wer die Gesellschaft zusammenhält und welche Arbeiten «systemrelevant» sind: Gesundheit, Pflege, Erziehung, Landwirtschaft, Einzelhandel und Logistik, Medizintechnik sowie alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele dieser Arbeiten werden von Frauen ausgeübt und schlecht bezahlt. Die Beschäftigten verdienen Dank und Anerkennung, den Schutz ihrer Gesundheit sowie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.



**Entschlossen und solidarisch  
gegen Corona.**

# DIE LINKE Karlsruhe fordert:

## 1. Ein Rettungsschirm für die Menschen

- Alle Beschäftigten müssen vom Arbeitgeber Schutzmasken und Handschuhe zur Verfügung gestellt bekommen und dieser hat für das Desinfizieren zu sorgen.
- Alle Beschäftigten mit unmittelbarem Kontakt zu Menschen erhalten eine monatliche Zulage von mindestens 500 Euro.
- Aufstockung des Kurzarbeitergelds auf 90 % und niemand darf weniger als 1.200 Euro netto (Vollzeit) monatlich verdienen.
- Rückzahlungsfreie Zuschüsse für Studierende
- keine Kündigung von Ausbildungsverhältnissen
- Unterstützung von Solo-Selbständigen, Kleinbetrieben sowie Kultur- und Kreativschaffenden
- Entgeltzahlungen für Eltern, die zuhause Kinder betreuen, solange bis die Kinder wieder regulär KiTas und Schulen besuchen
- einen Sofort-Aufschlag auf die Grundsicherung von monatlich 200 Euro und keine Anrechnung des Partnereinkommens in der Bedarfsgemeinschaft
- eine Kindergrundsicherung von 600 Euro
- kein Unterlaufen des Mindestlohns und der Höchstarbeitszeit
- Aussetzung von Mieterhöhungen, Kündigungen, Zwangsräumungen, Strom- und Wassersperren.
- einen verbindlichen Mietendeckel und die Auflösung von Sammelunterkünften zugunsten von Wohnungen und Hotelzimmern, auch für Obdachlose

## 2. Ein krisenfestes Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem ist seit Jahren auf Profit, Privatisierung und Effizienz ausgerichtet. Notwendig ist ein Sofortprogramm für ein krisensicheres Gesundheitssystem.

- 100 000 Pflegekräfte mehr in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie eine monatliche Zulage von 500 Euro
- Gesundheit & Pflege sind öffentliche Aufgaben und dürfen nicht privatisiert werden.
- Abschaffung des Fallpauschalen-Systems. Die Krankenhäuser müssen ihre realen Kosten erstattet bekommen.
- gesetzlich festgelegte bedarfsgerechte Personalschlüssel und verbindliche Tarifverträge, auch für häuslich und ambulant Pflegende
- Medizintechnik- und Arzneimittelproduktion und -Forschung müssen öffentlich gesteuert und regional organisiert werden.
- eine Krankenkasse und Pflegeversicherung für alle, in die alle einzahlen

## 3. Solidarität in der Pandemie darf nicht an der Grenze halt machen

Die Bundesregierung setzt nicht einmal ihren unzureichenden Beschluss um, bis 1500 minderjährige Schutzsuchende von den griechischen Inseln aufzunehmen. Über 40.000 Geflüchtete sind schutzlos der Corona-Pandemie ausgeliefert.

- Sofortige Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln: #LeaveNoOneBehind
- Der Weg für die Länder und Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, muss freigemacht werden, damit sie Menschen aufnehmen können.
- Die Aussetzung des Asylrechtes und grundlegender Menschenrechte lehnen wir ab.
- sofortiger Stopp jeglicher Abschiebungen
- Geflüchtete aus überbelegten Massenunterkünften müssen in Hotels und Pensionen untergebracht werden.
- Schuldenerlass für Entwicklungsländer
- Corona-Bonds in der Eurozone
- Zum Schutz vor racial profiling müssen flächendeckend unabhängige Beschwerdestellen geschaffen werden.

#### **4. Die Kosten der Krise gerecht verteilen**

Es gibt in Deutschland über 1,3 Millionen Millionäre und 126 Milliardäre. Diese können einen gerechten Beitrag leisten.

- Mittels einer Vermögensabgabe von 5% auf alle Vermögen ab 2 Millionen Euro, einer Vermögenssteuer von 5% auf alle Vermögen über 1 Millionen Euro und der Beibehaltung des Solidarzuschlags, da er hohe Einkommen stark und niedrige nicht belastet.
- Schuldenbremse und „Schwarze Null“ stellen dabei keine Orientierungen für Investitionen in die zukünftige Gesellschaft dar.

#### **5. Wirtschaftlicher Wiederaufbau: krisensicher, sozial und ökologisch**

- mehr Personal in der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich Gesundheit, Pflege, Bildung Erziehung, Forschung und Wissenschaft
- mehr Personal im öffentlichen Nah- und Fernverkehr
- Ausbau der digitalen Infrastruktur wie dem Breitbandinternet und des Telefonnetzes
- Stärkung erneuerbarer Energien anstatt eines künstlichen Wiederbelebens klimaschädlicher fossiler Energieträger
- Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus mit einer verbindlichen Sozialquote von 50%

#### **6. Grenzenlose Solidarität und Frieden**

Die Globalisierung ist geprägt durch den sog. Freihandel, der kapitalistischen Produktionsweise und der Konkurrenz zwischen Nationalstaaten. Eine solche Welt kann keine globale Pandemie erfolgreich bekämpfen. Der UN-Generalsekretär António Guterres fordert einen globalen Waffenstillstand und die DIE LINKE unterstützt diesen Aufruf.

- Solidarität und gegenseitige Unterstützung müssen zu Prinzipien der Außen- und Wirtschaftspolitik werden.
- Aussetzung aller internationalen Wirtschaftssanktionen und die Beendigung aller Militärmanöver und NATO-Aufrüstungsforderungen
- Verbot von Rüstungsexporten sowie der Stopp aller militärischen Auslandseinsätze

## **7. Demokratie ist keine Schön-Wetter-Veranstaltung**

Jede Einschränkung von grundgesetzlich verbrieften Rechten muss verhältnismäßig, überprüfbar und auf das Ziel des Gesundheitsschutzes bezogen sein.

- Es darf keine Entmachtung der Parlamente in Bund, Ländern oder Kommunen geben; keine (Selbst-)Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung muss (unter Berücksichtigung der Kontaktbeschränkungen) möglich bleiben.
- Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern! Zivile Dienste müssen (wieder) aufgebaut werden.
- DIE LINKE lehnt jede Planung - und erst recht jeden praktischen Schritt - in Richtung Isolierung und Separierung von «Risikogruppen» ab.

## **Protest muss sein! Aber wofür?**

Das Versammlungsrecht muss auch unter Corona gelten. Deshalb haben wir uns an Kundgebungen zum Ersten Mai, zum Polizeigesetz, zur Situation von Geflüchteten und zum Gesundheits- und Pflagenotstand beteiligt und dazu aufgerufen.

Im Namen des Infektionsschutzes werden zahlreiche Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Dies geschieht oft weder rechtsstaatlich ausgewogen noch sozial gerecht. Wir setzen uns daher gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für demokratische Grundrechte ein. Es erreichen uns besorgniserregende Informationen, dass Behörden und Unternehmen Maßnahmen zum Corona-Schutz für eigene Zwecke missbrauchen. Meldet diese Fälle beim Corona-Missbrauchsmelder der LINKEN: <http://gleft.de/3GP>

Doch Kritik am Kurs der Bundesregierung kommt nicht nur aus dem fortschrittlichen Lager. Rechte und Verschwörungstheoretiker\*innen versuchen an die Verunsicherung vieler Menschen anzuknüpfen. Sogenannte Hygiene-Demos, bei denen oft der Sicherheitsabstand nicht gewahrt wird, halten wir für den falschen Weg. Dort wird versucht, Falschnachrichten an die Stelle von Gesellschaftskritik zu setzen.

Viele Meinungen, die auf diesen Demos von den Bühnen geäußert werden, halten wir für inakzeptabel: da wird von Diktatur geredet, Parallelen zum Faschismus gezogen, vor „Zwangsimpfungen“ oder vor einer „Verschwörung“ gewarnt. Und Achtung, FDP, AfD und Pegida rufen zu diesen Demos auf. Hier wird berechnete Kritik mit wirtschaftsliberalen, konfusen und rechten Ideologien vermischt.

Als LINKE nehmen wir die Sorgen der Menschen ernst, stellen uns gleichzeitig gegen rechte Hetze und Verschwörungstheorien und stellen selbst fortschrittliche Forderungen.

**Du bist herzlich willkommen bei DIE LINKE Karlsruhe.**

**Michel Brandt** ist Karlsruher Bundestagsabgeordneter  
michel.brandt.wk@bundestag.de  
Schützenstr. 46  
76137 Karlsruhe  
Tel: 072 135489342  
www.michelbrandt.de  
www.facebook.com/michel.brandt.linke  
Twitter: @michel\_brandt\_



## Liebe Karlsruherinnen und Karlsruher,

gefühlte kehrt ein Stück Normalität in das Corona-Chaos zurück. Und doch kann noch niemand sagen, wie es weiter geht. Wie schnell sollen die Schutzmaßnahmen gelockert werden? Wer soll staatliche Unterstützung wie lange erhalten? Und ganz zentral: Wer bezahlt für die Krise? Wir als LINKE kämpfen dafür, dass nicht Beschäftigte und Geringverdienende die größte Last tragen, wie es in der Finanzkrise der Fall war. In dieser Krise zeigt sich erneut, dass die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge die falsche Herangehensweise ist und soziale Spaltung vorantreibt. Wir müssen die aktuelle Situation zum Anlass nehmen, in der Politik eine grundlegend andere Diskussion anzustoßen.

Die Bundesregierung muss verhindern, dass Millionen Beschäftigte zum Sozialfall werden. Denn Arbeitnehmer\*innen, deren Lohn vor der Corona-Krise kaum ausreichte, kommen mit einem Kurzarbeiter\*innengeld von 60-67% über Monate hinweg vorne und hinten nicht zurecht. Wir fordern, das Kurzarbeiter\*innengeld rückwirkend zum 1. März 2020 auf einheitlich 90 Prozent des Nettoentgelts zu erhöhen. Beschäftigte, die den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, müssen 100 Prozent des Nettoentgelts als Kurzarbeiter\*innengeld erhalten.

Auch Menschen, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, dürfen in dieser Krise nicht zurückgelassen werden. Sie kommen mit dem ohnehin knapp bemessenen Arbeitslosengeld II (Hartz IV) jetzt noch weniger über die Runden. Lebensmitteltafeln mussten schließen, billige Lebensmittel sind knapper und Hygiene-Artikel wie Masken



und Desinfektionsmittel müssen beschafft werden. Darum muss der Hartz IV-Regelsatz erhöht werden!

Diese Krise darf nicht auf den Rücken der sozial Benachteiligten ausgetragen werden. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass Besserverdienende ihren Anteil zur Bewältigung dieser Krise leisten müssen. Wir fordern deshalb eine Reichensteuer und eine Vermögensabgabe. Es kann außerdem nicht sein, dass Konzerne staatliche Hilfen ausgezahlt bekommen und weiter Dividende an Aktionär\*innen auszahlen. Schluss mit der Sozialisierung von Verlusten und der Privatisierung von Gewinnen!

Neben den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, haben die umfangreichen Schutzmaßnahmen einschneidende Auswirkungen auf die Ausübung der Grund- und Freiheitsrechte. Deswegen müssen wir die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen fortlaufend hinterfragen. Besonders die Versammlungsfreiheit darf nicht pauschal eingeschränkt werden, wie das Bundesverfassungsgericht bereits bestätigte. Für DIE LINKE ist klar: bevor die Bundesregierung über eine Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen nachdenkt, müssen die sozialen und gesundheitlichen Grundrechte wiederhergestellt werden. Menschenrechte vor Profite!



#### **Fraktion DIE LINKE. im Karlsruher Gemeinderat**

Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe  
Tel.: 072186429260  
Tel.: 07211331579  
dielinke@gr.karlsruhe.de  
www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de

## **Die Krise vor Ort bewältigen!**

Die Corona-Krise hat weiterhin großen Einfluss auf unsere Lebensbereiche. Auch wenn das öffentliche Leben in Karlsruhe allmählich wieder anläuft, sind viele Menschen immer noch stark von der Krise betroffen. All diesen Menschen müssen wir nun hier vor Ort aus der Krise helfen.

Wir brauchen umfassende Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des Wohnens. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft „Volkswohnung“ hat viele unserer Kernforderungen, wie Mietstundungen, Stopp von Kündigungen und Räumungen oder Aussetzung von Sanierungsmaßnahmen mittlerweile übernommen. Die Folgen von Corona werden sich aber auch nach der Krise noch lange auf dem Wohnungsmarkt abzeichnen. Wir brauchen daher weitere Unterstützungsmaßnahmen, wie einen sozialen Wohnungsfonds, mit Hilfe dessen eine soziale Wohnungsversorgung für die Stadt bereit gestellt wird, sowie die Verlängerung auslaufender Mietpreis- und Belegungsbindungen bei der Volkswohnung und anderen Wohnungsgesellschaften, um einen weiteren Rückbau von Sozialwohnungen zu stoppen.



Unsere Karlsruher Kulturlandschaft steht vor existenziellen Herausforderungen durch die Corona-Krise. Auch wenn einige Kulturbetriebe ihre Miete stunden konnten oder kurzfristig mit Soforthilfen von Bund und Ländern ausgestattet wurden, droht vor allem den kleineren Kulturbetrieben demnächst die Insolvenz. Damit Karlsruhe auch in Zukunft über eine vielfältige Kulturlandschaft verfügt, braucht es dringender Unterstützungsmaßnahmen, wie die Einrichtung eines Notfallfonds für in Schieflage geratene Kulturinstitutionen, die Ermöglichung von Mietsenkungen oder die bedarfsgerechte Unterstützung von freischaffenden Künstler\*innen sowie der freien Kulturszene.

Damit wir die Herausforderungen bewältigen können, müssen wir im kommenden Haushalt Gelder bereithalten. Land und Bund müssen den Kommunen nun mit Hilfe der Einrichtung eines Notfallschutzschirms finanziell noch stärker unter die Arme greifen, damit diese nicht allein auf den Kosten sitzen bleiben und die Kommunen auch nach der Krisen gestaltungsfähig bleiben.

Zu guter Letzt: Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig das gut ausgestattete städtische Klinikum für Karlsruhe war und ist. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt. Im Sinne der Daseinsvorsorge und für eine gute Gesundheitsversorgung für Alle muss unser Klinikum finanziell weiterhin gut ausgestattet sein. Kürzungen in der kommunalen Gesundheitsversorgung oder gar weitere Privatisierungen können wir uns für unsere Gesundheit nicht leisten.

**Ihre DIE LINKE-Stadträt\*innen**  
**Lukas Bimmerle**  
**Karin Binder**  
**Mathilde Göttel**

Unsere gesamten Corona-Initiativen  
sind online abrufbar unter:

[www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de](http://www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de)